

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
I. Allgemeiner Teil	1
A. Zeichen	1
B. Prozessrecht	4
1. Verschränkung mit Organisations- und Ständesrecht	4
2. Bewirkende und Erwirkende	5
a) Führung, Durchführung, Bewilligung und gerichtliche Beweisaufnahme	5
b) Beteiligung und Ermächtigung zur Strafverfolgung	5
c) Opfer als speziell „am Strafverfahren“ Beteiligte und „gegnerische Beteiligte“	7
d) Verteidigung und Vertretung	8
3. Gesetzesbindung (Art 18 Abs 1, 89 Abs 1 und 2 B-VG), gesetzlicher Richter (Art 83 Abs 2 B-VG; Art 267 Abs 2 und 3 AEUV; Art 6 Abs 1 EMRK)	11
a) Ermessen im Gesetzesvollzug	11
b) Ermessen bei „Aufklärung von Straftaten“	14
c) Zweifelsgrundsatz	15
d) Analogieverbot im Strafprozessrecht	16
e) Effizienzprinzip	17
f) Stufenbau	18
4. „Anzeige“ („Anregung“), „Ermächtigung“ und „Verlangen“ („Antrag“, „Begehren“)	19
5. Befugnis, Anordnung, Vorlage und Befassung durch die Staatsanwaltschaft	21
6. Nicht rechtswirksame Anordnungen und Aufträge	23
7. „Führung“ und „Durchführung“	25
a) „Führung“	25
b) Ermittlungsverfahren gegen „die verdächtige Person“ und „diese Person als Beschuldigten“	27
c) „Bewilligung“ (Durchführung „kraft eines [...] richterlichen Befehles“) und Beschlagnahme	28
d) „Gerichtliche Beweisaufnahme“	29
e) „Aufgabe“ der Staatsanwaltschaft, „ihre Anträge“ auf Bewilligung und gerichtliche Beweisaufnahme „zu begründen“ (§ 101 Abs 3 erster Satz) ..	30
f) „Durchführung“ durch Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft	30
g) Abwehrrechte	31
8. Sachliche, örtliche und funktionelle Zuständigkeit sowie Besetzung	32
9. „Rechtsschutzbeauftragter“ und „[s]eine Stellvertreter“	33
10. Hilfeleistung	36
a) Persönlichkeitsschutz, Amtshilfe (§ 76 Abs 4), ARHG und EU-JZG	36
b) Vorlage von „Akten und Unterlagen“ an Untersuchungsausschüsse (Art 53 B-VG)	37
c) Kriminal- und Sicherheitspolizei	38
11. Vollzug und Kosten	40
12. „Verfolgung verdächtiger Personen“	41
13. „Fahndung“	43
14. Fortsetzung, Fortführung und Wiederaufnahme des Strafverfahrens	44

VII

a) Abbrechung, Rücktritt und „Fortsetzung“	44
b) Einstellung bei Vorprüfung der Anklage (§ 215 Abs 1, § 451 Abs 2, § 485 Abs 1 Z 3), „Wiederaufnahme“ und „Fortführung“	44
c) „Fortführung“ ohne und auf Antrag	45
15. „Ermittlung“, „Ermittlungen“, „Ermittlungshandlungen“, „Ermittlungsmaßnahmen“, „Erkundigung“, „Beweisaufnahme“, „Augenschein“ und „Sachverständige“	46
a) Darstellung	46
b) Begriffsinhalte	48
16. „Aufnahme von Beweisen“, „Ermittlungen“ und „Beweisaufnahme“	50
a) „Aufnahme von Beweisen“ (§ 55, §§ 245–254, § 295, §§ 471 (§ 295), 473 Abs 1 und 2 [§ 489 Abs 1 zweiter Satz])	50
b) „Ermittlungen“ und „Beweisaufnahme“ nach dem 8. und 9. HptSt, in Hauptverhandlung und Gerichtstag	51
17. „Einholung tatsächlicher Aufklärungen“ und eigene Sachverhaltsklärung durch Rechtsmittelgerichte zu Formverletzungen, Verfahrensmängeln und Verfolgungshindernissen sowie Diversion	54
a) Aufklärungsverlangen und eigene Sachverhaltsklärung	54
b) Sachverhaltsannahmen der Rechtsmittelgerichte	56
18. Besonderes Verfahren zur Ausforschung „Beschuldigter“	57
C. Rechtseingriff durch und im Ermittlungsverfahren	57
1. Rechtseingriff durch Verfahren und im Verfahren	57
2. Dokumentation	63
3. „Verschluss“	65
4. „Erkundigung“ zur „Vorbereitung einer Beweisaufnahme“ und als „Beweis“ ..	66
D. Freiwilligkeit und „Zwangsmaßnahmen“	67
1. Unmittelbarer und mittelbarer Zwang	67
2. „Zwangsmaßnahmen“ und „Zwangsmittel“	68
3. „Ermittlungshandlungen“ (§ 91 Abs 2 erster und zweiter Satz), „Ermittlungsmaßnahmen und Beweisaufnahme“ (8. HptSt) und gerichtliche Beweisaufnahme im öffentlichen Interesse (§ 101 Abs 2 zweiter Satz)	69
4. Anordnung von „Zwangsmitteln“ des 8. HptSt und von „Fahndung“ (9. HptSt) durch das Gericht	71
5. Zwang bei „Beweisaufnahme“	73
6. Beteiligung an und „Hilfeleistung“ (Art 22 B-VG) bei „Ermittlungsmaßnahmen“	75
7. „Anhaltung“ Beschuldigter (§ 48 Abs 2) zur Vorführung, „Zwangsmittel“ nach dem 9. HptSt, Freilassung, Aufhebung und Entlassung	76
8. Anhaltung zur Vorführung sowie durch Festnahme und Untersuchungshaft	79
9. Beugemittel (§ 93 Abs 4), Kostenersatz und Ordnungsstrafen nach § 221 Abs 1 zweiter Satz, § 242 und Beschwerde nach § 243	80
E. Sachverständige und Augenschein	81
1. Sachverständige	81
2. „Augenschein“ und „Tatrekonstruktion“	83
F. „Bezeichnung“ (Zulässigkeit, funktionelle Zuständigkeit; Art 83 Abs 2 B-VG) und „Begründung“ von Anbringen und in Entscheidungen	84
1. Antrag, Rechtsmittel und Rechtsbehelf	84
2. Bezeichnung und Begründung von Rechtsbehelfen	86
3. Anträge und Verlangen nach § 106 Abs 5, § 126 Abs 5, § 147 Abs 3a	89
4. Beweiswürdigungsermessen und Willkür	89
5. Entscheidungsregeln	91
6. Rechtsmittelverzicht ohne Verteidiger	93

7. Vorgehen „von Amts wegen“ aufgrund funktioneller Zuständigkeit	93
a) Ermächtigung und Verpflichtung	93
b) beneficium cohaesionis	94
c) Prüfung von Feststellungen zu entscheidenden Tatsachen	95
d) Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes und „Wiederaufnahme auf besonderen Antrag des Generalprokurators“	96
8. Nach Einbringen der Anklage für Fortführung des Strafverfahrens „erforderliche Anträge“	96
G. Sachverhaltsklärung und Sachverhaltsannahmen	98
1. Sachverhaltsannahmen bei Entscheidungen von Staatsanwaltschaft oder Gericht	98
2. Sachverhaltsklärung durch Gerichte	100
3. Anzeigepflicht und Notkompetenz des Gerichts	102
4. Bei gerichtlicher Beweisaufnahme beigebrachte „Tatsachen oder Beweismittel“	103
5. Klärungsermächtigung für Gerichte	104
a) „Aufklärung von Straftaten“ vor Anordnung der Hauptverhandlung	104
b) „Verfolgung verdächtiger Personen“	104
H. „Das Ermittlungsverfahren“ („Vorverfahren“)	105
1. Rechtsschutz „im Ermittlungsverfahren“	105
2. „[B]ehördeninterne[...] Informationsquellen“ und „Akteneinsicht“	106
3. „Ermittlungsmaßnahmen und Beweisaufnahme“	108
4. Umgehungsverbote	109
a) Berufsgeheimnisse und Wahlgeheimnis	109
b) Beichtgeheimnis, verdunkelnde Beteuerung zu Berufsgeheimnissen und blanker Unsinn (§ 144)	111
c) Umgehungsverbot bei Beichtigern und Berufsgeheimnisträgern	113
5. Eilkompetenz und Genehmigung	113
6. Beweisverwendung bei versagter Genehmigung oder Beschwerdeerfolg	115
7. Sachverständige und Dolmetscher	116
I. Gerichtliche Beweisaufnahme (§ 104)	118
1. Befassung	118
2. Rechtsschutz	120
a) Beweisthema	120
b) Fragerecht	121
c) Beschlüsse und sonstige Verfügungen	121
J. Entscheidungen	124
1. Verfügungen von Staatsanwaltschaft und Gericht	124
2. Geschäftsgang bei Erledigung „mit Beschluss“	124
3. Wirksamkeit, Bindung und Bekanntmachung	126
4. Verfahrensleitung	129
a) Allgemein	129
b) Haupt- und Rechtsmittelverfahren	130
5. Sitzungspolizei, „Ausschluss des Verteidigers“ und Nichtzulassung sonstiger Vertreter	131
a) Gegenstand von Sitzungspolizei	131
b) Funktionelle Zuständigkeit für Sitzungspolizei	132
c) Remedien gegen Maßnahmen der Sitzungspolizei	132
d) „Ausschluss des Verteidigers“, Nichtzulassung sonstiger Vertreter und Wortentzug	134
6. Disziplinalgewalt einer Standesbehörde	135
K. Rechtsbehelfe	136
1. „Geteilter“ (Individual-)Rechtsschutz	136

2. Rechtsschutz durch den OGH auf „Anregung“ den Rechtsschutz- beauftragten (§ 23 Abs 1a)	138
3. Rechtsbehelfe gegenüber Organen der ordentlichen Gerichtsbarkeit	140
a) Vor und seit 2008	140
b) Überblick	141
c) Befassung durch Einbringungsstelle	142
d) Rechtsbehelfe mit Bezug auf Ermittlungsverfahren	144
e) Prüfungskalkül bei Einspruch (§ 106) und Beschwerde (§ 87)	146
f) Legitimation und Beschwer	150
g) Gegenstandslos gewordene Rechtsbehelfe	152
h) Einbringen und Fristwahrung	153
i) Rechtsmittelausschluss	156
L. Einspruch wegen Rechtsverletzung	157
1. Rechte „nach diesem Gesetz“	157
2. Bezeichnung des Prozessgegenstands	159
3. Begehren	161
4. Unzulässigkeit von Beschwerden (§ 107 Abs 3 zweiter Satz)	163
5. „Überzeugung“	163
6. Vorentscheidung durch die Staatsanwaltschaft	165
7. Entscheidung „in der Sache“	166
M. Beschwerde	168
1. Übergreifende Gesichtspunkte	168
2. Gerichtliche Beweisaufnahme	169
3. „Beschluss“ (§ 87 Abs 1) und sonstige Verfügung oder Verzögerung (§ 87 Abs 2)	170
4. Sonderfall von „Ausforschung des Beschuldigten“ nach § 71	175
5. Aufschiebende Wirkung	175
6. Bezeichnung und Begründung	176
7. Stellungnahme der „zuständigen Staatsanwaltschaft“ (§ 89 Abs 1) und Beschwerdegegner	176
8. „Verfahrensergänzung“ (§ 89 Abs 2a und Abs 5 erster Satz)	177
9. Keine Bindung an „Beschwerdepunkte“ und Änderung von Beschlüssen, „gegen die nicht Beschwerde erhoben wurde“	179
10. Entscheidung „in der Sache“	180
N. Beweisaufnahme nach Einbringen der Anklage	181
1. Entscheidung ohne „Verhandlung“ (Art 90 B-VG)	181
a) Fehlen von Befugnis zur Sachverhaltsklärung	181
b) Prozessuale Tatsachen	182
c) Diversion, Verfolgungshindernisse, Straffestsetzung „durch schriftliche Strafverfügung“; Entfall eines Zwischenverfahrens	183
2. Hauptverhandlung und „Sanierung von Verfahrensmängeln“	185
3. Hauptverhandlung und „Gerichtstag zur öffentlichen Verhandlung“	186
4. In Urteilen mit „Aufklärung von Straftaten [...] zusammenhängende Entscheidungen“	191
a) Sanktionen und privatrechtliche Ansprüche	191
b) Prozessuale Umstände nach § 468 Abs 1 Z 2, § 281 Abs 1 Z 6 bis 8 (§ 468 Abs 1 Z 4 [§ 489 Abs 1 zweiter Satz])	194
c) Kosten, bedingte Nachsicht und Widerruf	194
5. Einheitlichkeit von Hauptverhandlung und Berufungsverhandlung über Sanktionsanknüpfungspunkt	195
O. Bekämpfung nach Anordnung der Hauptverhandlung getroffener Entscheidungen	196
1. „Beschlüsse“ nach Anordnung der Hauptverhandlung	196

a) Beteiligte und Dritte	196
b) Zwang gegen Angeklagte, Zeugen und Sachverständige	198
2. Mangel und Überschreitung von Entscheidungsbefugnis	198
3. Entscheidung „in der Sache selbst“	199
a) Nachprüfung auf Rechtsverletzung (Nichtigkeitsgründe) oder „in der Sache selbst“ (iudicium novum)	199
b) Berufung wegen vorliegender Nichtigkeitsgründe und des Ausspruches über die Schuld	201
c) Entscheidung aufgrund bejahter Rechtsverletzung	203
d) Berufung wegen des Ausspruches über Sanktionen und Ansprüche von Privatbeteiligten	205
4. Tatumstände im Rechtsmittelverfahren gegen Urteile	205
a) „Aufklärung von Straftaten“	205
b) Mit „Aufklärung von Straftaten [...] zusammenhängende Entscheidungen“	207
c) Formverletzungen und Verfahrensmängel	207
5. Unzulässigkeit weiterer Rechtsmittel	208
6. Geschäftsgang für OGH und Berufungsgerichte	209
P. Grundrechtsschutz durch „Oberste Instanz“ (Art 92 Abs 1 B-VG)	211
1. Historisches Konzept	211
2. Erweiterung auf unmittelbarer Befassung nach § 363a	212
a) Methode	212
b) Vorrang ausdrücklicher Vorschriften	214
c) Kein Vorrang von Nichtigkeitsbeschwerde bei Grundrechten Dritter und mangelnder Effektivität	215
d) Subsidiarität zum GRBG	216
3. Bezeichnung	217
a) Grundrechtsbeschwerde	217
b) Erneuerungsantrag	218
4. Verfahren nach Stattgebung (§ 7 Abs 2 GRBG, § 363b Abs 3 erster Satz)	220
5. Erneuerung ohne erneuertes Verfahren	220
6. „Erhebliche Bedenken“ des OGH an Feststellungen für einen Schuldspruch ..	221
Q. Wiedereinsetzung und Wiederaufnahme	223
1. Wiedereinsetzung	223
2. Wiederaufnahme	223
3. Neue Tatumstände	224
R. Sanktionsanknüpfungspunkt, Prozessgegenstand und objektiv individuelle Maßstäbe	225
II. Besonderer Teil	229
A. Führung von Ermittlungsverfahren und Ermittlungsakt	229
1. Einleitung	229
2. Verfahrensführung, Verfahrensleitung und Durchführung	230
3. Dienstaufsicht, Bindung und Rechtsschutz	231
a) Dienstaufsicht	231
b) Anordnungen durch Gericht und Staatsanwaltschaft	232
4. Gesetz- und Verhältnismäßigkeit	234
a) Grundrechtliche Vorgaben	234
b) Anzeigen, Erklärungen, Anträge und Rechtsbehelfe	235
5. Zweck des Ermittlungsverfahrens	236
a) Erhebliche Tatsachen	236
b) Beweisverbote	238
6. Berichte, Behelfe und Unterlagen	239

7. „Umfassende Dokumentation“ zur Sicherstellung von Akteneinsicht nach § 51	240
a) Erhebliche Tatsachen und schutzwürdige Interessen	240
b) Erkundungsbeweisführung und unnötiger Akteninhalt	242
c) Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft „vorliegende Ergebnisse“	243
d) Effektiver Rechtsschutz	244
8. Fazit	245
B. Vom Übergang in ein Ermittlungs- und Hauptverfahren	246
1. Vom Verdächtigen zum Beschuldigten	246
2. Staatsanwaltschaft und Gerichtskontrolle	247
3. Rechtsschutz gegenüber Klärung, ob ein Anfangsverdacht vorliegt und Anlassberichte nach § 100 Abs 2 Z 2 und Abs 3a	248
4. Ermittlungen gegen Berufsgeheimnisträger ohne „dringenden Tatverdacht“	252
5. Verurteilungswahrscheinlichkeit	253
a) Sachverhaltsklärung und Tatverdacht	253
b) „Dringlichkeit und Gewicht des Tatverdachts“ in der Gerichtskontrolle ...	255
c) Darstellungsmängel der Anklageschrift	256
d) Zurückweisung der Anklageschrift (§ 212 Z 3) verlangt „Tenorierung“ ..	258
e) Anklage im Verfahren vor Einzelrichtern	260
f) Recht und Pflicht der Staatsanwaltschaft zur Anklage	261
6. Fazit	262
C. Anklagegrundsatz und Rechtsschutz gegen Ermittlungsverfahren sowie deren „unnötige Verzögerung“	263
1. Von Vorerhebungen und Voruntersuchung zu Klärung, ob ein Anfangsverdacht vorliegt und Ermittlungsverfahren	263
2. Anklagegrundsatz (Art 90 Abs 2 B-VG) Beschleunigungsgebot (Art 6 Abs 1 EMRK) und Gesetzlichkeitsprinzip (Art 18 Abs 1 B-VG)	263
3. Privatankläger (§ 71)	265
4. Rechtsschutzsystem vor Einbringen der Anklage	266
5. Antrag auf Einstellung und auf Verlängerung der Höchstdauer oder „Feststellung [...] unnötige[r] Verzögerung“	268
a) Keine Begründungsobliegenheit	268
b) Prozessgegenstand	269
c) Erhebliche Tatsachen und Beweismittel (bestimmte Tatsachen)	270
d) Würdigung der Ermittlungsergebnisse und Sachverhaltsannahmen zu „Dringlichkeit und Gewicht des Tatverdachts“	271
e) Hinreichend geklärter Sachverhalt und hinreichende Gründe	272
f) Verfolgungshindernisse	273
g) Fristen	275
h) Einstellung und Fortsetzung des Ermittlungsverfahrens	276
i) „Durchführung“ des Ermittlungsverfahrens „ohne unnötige Verzögerung“	279
j) Angemessenheit	280
k) Bindung	281
6. Fazit	281
D. Fortführungsanträge und deren Erledigung	282
1. Bezugspunkt der Fortführung	282
2. Fortführung auf Antrag	283
a) Fortführungsgründe und deren Bezugspunkte	283
b) Abgrenzung gegenüber anderen Rechtsbehelfen	285
aa) Grundrechtsbeschwerde und Bekämpfung eines Unzuständigkeitsurteils	285

bb) Antrag auf Einstellung und Fortführung sowie Anklageeinspruch ...	286
cc) Ermittlungen	286
c) „Aktenlage“ und Aufklärung behaupteter „Rechtsverletzungen oder Verfahrensmängel“	286
d) Bezeichnung von Fortführungsgründen und deren Ergänzung	288
3. Entscheidung über Fortführungsanträge	289
a) Strittiges zum Verfahren	289
b) Neuerungen statt rechtzeitiger Anträge	290
c) Gesetzlicher Richter	292
d) Entscheidungsform und Pauschalkosten	293
e) Stattgebung und Bindung	294
4. Fazit	295
E. Zum Rechtsschutz in Betreff des 11. HptSt der StPO	296
1. Einleitung	296
2. Anträge nach § 208 Abs 2 und § 209 Abs 3	297
3. Vorschlag, Fortsetzung des Strafverfahrens und Bereinigung gescheiterter Diversion	299
4. Wechselwirkungen beim Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Gericht	300
5. Geltendmachung subjektiver Rechte in Hauptverhandlung und Rechtsmitteln	301
6. Feststellung und Ermittlung aus § 281 Abs 1 Z 10a entscheidender Tatsachen	304
a) Nichtigkeitsbeschwerde	304
b) Berufung wegen des Ausspruchs über die Schuld	305
7. Besonderheiten bei Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft	305
8. § 281 Abs 1 Z 10a bei Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft	307
a) § 209a	307
b) § 209b	310
9. Fazit	311
F. Initiative, Bestellung und Führung beim Sachverständigenbeweis der StPO	312
1. Einleitung	312
2. Beweisthema, Beweismittel (Sachverständige) und Person des Sachverständigen	312
3. Aufnahme des Sachverständigenbeweises durch das Gericht	313
4. Bestellung bei Aufnahme des Sachverständigenbeweises durch die Staatsanwaltschaft	315
5. Die Frist des § 126 Abs 5 erster Satz	317
6. Rechtliche Einordnung von Erklärungen des Beschuldigten nach § 126	319
7. Sachverständigenbeweisaufnahme durch die Staatsanwaltschaft	320
8. Einhaltung von § 126 Abs 5 vermeidet strukturelle Befangenheit	322
9. Verfahrensrüge gegen Sachverständigenbeiziehung in der Hauptverhandlung	323
10. Mehrere Beschuldigte (§ 48 Abs 2)	326
11. § 222 Abs 3, Privatgutachter und besonderes Fachwissen der Strafverfolgungsbehörden	327
12. Fazit	328
Stichwortverzeichnis	329